

Leistungsuniversität und offene Gesellschaft

rechtlicher Kompetenzen zugunsten des Bundes mit dem Ziel, die gesamte Bildung nach dem Abitur in die Hände des Bundes zu legen. Zunächst sollten daher zwei Bundesuniversitäten gegründet werden, die vor allem besonders begabten fortgeschrittenen Studenten offenstehen müßten.

2. Neubau von Universitäten

Im Jahre 1960 standen 3000 Lehrstuhlinhaber 200 000 Studierende gegenüber, im Jahre 1928 war die entsprechende Relation 3050 : 111 600. Der Wissenschaftsrat versuchte durch Schaffung von Parallellehrstühlen dieses Verhältnis zu verbessern. Das Ergebnis war eine Verlängerung des Studiums, da sich der Examenkandidat auf mehrere Professoren einstellen mußte. Des weiteren war eine Überfüllung und weitgehende Verschulung in den Kernfächern die Folge. Nach Feststellung der europäischen Rektorenkonferenz in Göttingen sind 10 000 Studenten an einer Hochschule eher eine maximale als eine optimale Zahl. Deshalb fordert der NHB die radikale Erhöhung der Anzahl der westdeutschen Universitäten sowie den permanenten Ausbau bereits bestehender Hochschulen.

3. Vergrößerung der Zahl der Dozenten.

4. Öffentliche Ausschreibung der offenen Stellen zur Vorbereitung des Berufungsverfahrens.

5. a. Vermehrung der Assistentenstellen. Jeder Assistent darf maximal 50 Prozent seiner Arbeit mit Lehr- und Verwaltungsaufgaben beschäftigt sein.

b. Vermehrung der Forschungsfreiemester für Ordinarien und Nichtordinarien.

6. Innerhalb der Fakultät sind **Abteilungen** zu errichten, die die Lehrstühle gemeinsamer Fachrichtung umfassen. Die Abteilungen sind kollegial zu führen. Über die Vergabe personeller und finanzieller Mittel entscheidet der Abteilungsrat. Diesem gehören die Professoren sowie die Vertreter der Dozenten und Assistenten, ferner die Vertreter der Studentenschaft, die ihre wissenschaftliche Qualifikation (= Sachkompetenz, s. o.) durch

gen die Studentenschaft gerichtete antide-mokratische Funktionen:

— Es entmündigt den Studenten als Staatsbürger, indem es einer Minderheit erlaubt, in seinem Namen Erklärungen zu allgemeinen politischen Fragen abzugeben. Der Student steht damit faktisch unter Ausnahme-recht.

— Es erlaubt den Funktionären durch spektakuläre Erklärungen über außeruniversitäre Probleme, davon abzulenken, daß sie ihren eigentlichen Pflichten (Reform und Kontrolle im Hochschulbereich) nicht nachkommen. Dabei ist die politische Richtung prinzipiell ohne Belang, tatsächlich aber nicht zufällig.

— Es entwertet die Bedeutung der Studentenschaft als politischer Faktor und bei der Professorenschaft durch eine Inflation meist unqualifizierter Erklärungen. (s. VDS-Resolution zur Oder-Neiße-Linie).

c. Die Herausgabe **zwangsfinanzierter Zeitschriften**, die, von allen Studenten bezahlt, im Namen aller, die politische Meinung einer Minderheit wiedergeben und zur Information über Hochschulfragen meist nur wenig, oft gar nichts beitragen.

d. Die „**Kritische Universität**“ (KU), eine von der gesamten Studentenschaft finanzierte Studiengruppe zur Lesung der Werke von Marcuse, Mao, Abendroth u. ä. unter Anleitung von vorwiegend SDS- und ASTA-Funktionären, die sich hier zugleich dem Käder für ihre Selbstergänzung heranziehen. Einseitige Tendenz steht im Widerspruch zur Kritik.

2. Die Leistung der Studentenvertretung (Reform und Kontrolle) ist trotz der Bemühungen äußerst gering. Warum? Daß die Studentenvertretung nicht zufällig eine problematische Einrichtung ist, zeigt die Beantwortung der Kernfrage: **Durch wen soll die Studentenschaft mitbestimmen?**

a. Als Gesamtheit mitzureden, ist den Studenten rein technisch unmöglich. Wohl aber können sie durch breit angelegte Demonstrationen der Unruhe als Faktor auftreten.

Die Finanzierung der „**Kritischen Universität**“ und der **Universitätszeitschrift** in einer Urabstimmung der Studentenschaft zu unterwerfen. Die Zeitschrift ist einer direkten Kontrolle der Studentenschaft zu unterstellen und sollte Meinungsforum aller politischen Hochschulgruppen sein.

Der Vertreter der Studenten der jeweiligen Universität in der Dachorganisation der Studentenschaft (VDS) ist von der Studentenschaft direkt zu wählen, damit er sie nicht aus dritter Hand repräsentiert. Auch die **Direktwahl des ASTA-Vorsitzenden** ist zu erwägen; sie würde jedenfalls die allgemeine Anteilnahme am Wahlvorgang steigern.

Die Krise der Universität ist also zugleich eine Krise der Studentenvertretung. Darüber täuscht deren scheingeschäftige Rotation nicht hinweg. Auch hier wird Exklusivität, repräsentative Herrschaft und mangelnde Leistungsfähigkeit des Apparats gepflegt. Ohne Reform der Studentenvertretung und ihren Ausbau zur Leistungsfähigkeit bleiben alle berechtigten studentischen Bemühungen um Aenderung der Universitätsstruktur Farce. Erst müssen Reformen im eigenen Bereich durchgeführt werden. Noch besitzt die Studentenschaft jedoch kein Instrument — kein Wunder, daß die Artikulation ihrer Interessen nur in verzerrter Form in die Öffentlichkeit dringt.

Mit der Analyse soll — wie unter A. vielen fortschrittlichen Ordinarien — auch einer gewissen Zahl verantwortungsbewußter und sachorientierter Studentenvertreter ihre Leistung nicht bestritten werden. Der Angriff auf das Funktionariat ruft aber bereits jetzt böses Blut bei denen hervor, die gemeint sind. Die Reform, die aus dem Establishment wieder eine Studentenvertretung machen soll, in Gang zu setzen und zu führen — das Potential der Unzufriedenen ist groß genug — ist Chance und Aufgabe der jungen Nationaldemokraten, da die Liberaldemokraten, Linksbürgerlichen und Neomarxisten mit dem Funktionariat zu eng verflochten wird. Hier ist tatsächlich der Bereich der Universität, der der **Demokratie** erschlossen werden muß, da es nicht, wie beim Ordinariat, um Leistungshierarchie, sondern um Interessenvertretung geht. Demokratie durchsetzen heißt aber in diesem Fall: Vorstoß gegen die „**Demokratisierer**“ (s. u.).

3. Die etablierte Minderheit der Funktionäre besitzt nämlich — wie jede herrschende Minderheit — eine **Ideologie**, die ihre antidemokratische Machtausübung verschleiern soll. Diese Ideologie wird unter dem Namen „**Demokratisierung**“ angeboten. Sie ist — auch das ist typisch — gegen ein äußeres, zum Buhmann emporstilisiertes Feindsymbol gerichtet, mit dem Ziel, im Innern gleichzuschalten. Ihre

von der Springer-Presse verfochten wird. Radikale oppositionelle Minderheiten sind grundsätzlich Bereicherungen des politischen Lebens und als Auflockerungen des Establishments positiv zu bewerten (auch solche von links). Am gegenwärtigen Zustand ist nicht das interessant, daß jene Minderheit radikal ist, sondern daß sie eben nicht oppositionell ist, vielmehr etabliert, mit Verfügung über einen staatlich aufbereiteten Machtapparat, den sie „**konservativ**“ zu bewahren sucht. Dazu **Fakten**:

a. Der angebliche Outside-SDS wurde nicht nur über den Bundesjugendplan finanziert und bemüht sich — wie es scheint mit Erfolg — um weitere Unterstützung dieser Art, sondern auf Umwegen auch aus den Landesjugendplänen. So hat z. B. das Hamburger Studentenparlament 1965/66 durch Gründung einer Geldverteilungsorganisation „**Ring politischer Hochschulgruppen**“ (SDS, SHB, LSD, RCDS) dem SDS durch die Hintertür Steuergelder zugeführt.

b. Obwohl im SS 1967 beispielsweise in den Hamburger Studentenparlamentswahlen kein einziger offen als SDS deklariert Kandidat durchkam, wurde der SDS das bestimmende Element im ASTA (formell SHB). Der SDS hat die offizielle Zeitschrift „**auditorium**“ in der Hand, der ASTA vertreibt Kommuneschriften und demonstriert sogar seine Stilverwandschaft (Happening bei der Rektoratsfeier, vgl. DER SPIEGEL, 11. 12. 67, Nr. 51, 21. Jg.). Die Verflechtung des SDS mit dem Establishment widersteht also auch eindeutigen demokratischen Entscheidungen.

III. Reform des Studiengangs

A. Analyse

Die Problematik der Universität kann nicht isoliert von der bildungspolitischen Gesamtlage gesehen werden. Dabei sind mehrere Faktoren zu berücksichtigen:

1. Die nur begrenzt zu verändernde objektive Verteilung der Intelligenz in der Gesellschaft. Der Prozentsatz der Hochintelligenten wie der mittleren Intelligenzlage läßt sich auf kurze Zeit nicht beliebig vergrößern. Unter diesem Gesichtspunkt bedeutet die Ausweitung des Abiturs auf 30, 50, 70 Prozent der Schulabsolventen nicht Hebung des Leistungsstandards, sondern Senkung der Anforderungen. Dabei ist allerdings zu konstatieren, daß derzeit die Stadtvolksschulen der Ausblutung der letzten Intelligenz anheimfallen, während sich auf dem Lande die Bildungsreserven stauen. Daher bleibt die **Mobilisierung vorhandener Bildungsreserven** eine zwingende Notwendigkeit

eine Vorprüfung erwiesen haben, an. Ein ausreichender Qualifikationsnachweis seitens der Studentenvertreter könnte u. U. auch durch eine entsprechende Fachschaftsarbeit erbracht werden.

7. Für Aufgaben, die zur Aufrechterhaltung des Abteilungsbetriebs dienen, wie etwa Personalangelegenheiten, Wartung des Geräts in den naturwissenschaftlichen Fächern, Beschaffung von Material, Betreuung der jeweiligen Bibliothek etc. werden akademische Räte eingestellt. Des weiteren müssen in der math.-nat. Fakultät in größerem Maße als bisher Fachingenieure und Hilfspersonal eingestellt werden können.

8. Assistenten werden ins Beamtenverhältnis auf Zeit übernommen. Nach drei Jahren entscheidet die Fakultät über die Zulassung zur Habilitation. Die Habilitationszeit ist zu beschränken.

9. Promotions- und Habilitationsschriften sind Fachgremien, gegebenenfalls unter Heranziehung von Professoren anderer Universitäten, vorzulegen. Besonders qualifizierte Promotionsschriften sollen zur Habilitation befähigen.

10. Mitwirkung der Studenten in akademischen Gremien

Die Studentenschaft ist in allen akademischen Gremien angemessen zu beteiligen (s. o.). Die Effektivität ist so zu sichern, daß bei allen Fragen, Prüfungsordnungen, Studienplänen, im weitesten Sinne studentische Fragen und Fragen des Lehrbetriebs betreffend, den studentischen Vertretern ein Vetorecht zusteht, über das sich die Vertreter des Lehrkörpers nur mit einer qualifizierten Mehrheit hinwegsetzen können.

C. Das Studentenfunktionariat

Ein erst in jüngster Zeit entwickelter Apparat mit der Tendenz zum Establishment ist das Studentenfunktionariat. Seine eigentliche Aufgabe ist:

- Kontrolle des Ordinariats.
- Mitwirkung an der Hochschulreform als studentische Interessenvertretung.

1. Seine repressive Tätigkeit besteht aus folgenden Elementen:

- Die Zwangsorganisation VDS mit ihrem unglaublichen Geldverschleiß. Jeder Student muß ihr angehören, keiner hat die Möglichkeit, auszutreten. Die Funktionäre des VDS sind der studentischen Kontrolle faktisch entzogen: Der Student wählt die Kandidaten des Studentenparlaments, diese den ASTA, die ASTA's erst die VDS-Funktionäre.
- Das angemaßte politische Mandat sowohl des VDS als auch der einzelnen ASTA's. Dieses „politische Mandat“ hat mehrere ge-

voraussetzung dessen aber ist eine organisierende Minderheit, sowie vor allem die gründliche Information der einzelnen. Diese Information — und die damit zusammenhängende Mobilisierung — scheitert aber nicht nur, wie die Funktionäre vorgeben, am Desinteresse weiter Kreise der Studentenschaft, sondern vor allem daran, daß das Studentenfunktionariat seiner Informationspflicht nicht nachkommt.

b. Als Vertreter der Studenten stellen sich in der Praxis die Studentenfunktionäre zur Verfügung, d. h. oft hochsemestrierte **Berufsstudenten**. Sie haben den Vorteil einer gewissen Routiniertheit in Verfahrensfragen. Nachteile dieser Erscheinung sind:

- Tendenz zur Vorselektion und Arroganz gegenüber den Studenten, die vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Manipulation, nicht der Interessenvertretung angesehen werden,
- Hervortreten von Eigeninteressen (Selbstbewilligung von Diäten ist nicht nur aus dem bundesparlamentarischen Bereich bekannt),
- Benützung der Ämter zu sinnwidriger politischer Agitation oder als Sprungbrett in den politischen Bereich überhaupt.

Dies hat eine Vertrauenskrise in der Studentenschaft zur notwendigen Folge. Sie äußert sich als:

- verbreitetes Gefühl der Ohnmacht („die machen ja doch, was sie wollen“),
- mangelnde Wahlbeteiligung und hochschulpolitisches Desinteresse.
- Im Bewußtsein des einzelnen werden die Funktionäre in die Kategorie „die oben“ eingeordnet.

Eine Veränderung zu verstärkter Leistungsfähigkeit der Studentenvertretung würde voraussetzen, daß man dem Dogma des Parlamentarismus im universitären Bereich freier gegenübertritt. Nicht Parlament muß sein, sondern wirksame Kontrolle und Reform. Dazu kann zwar eventuell auch ein Parlament dienen, allerdings nur in verkleinerter Form. Auch eine Beschränkung auf Ausschußarbeit und detaillierte Verantwortung kann die Effektivität erhöhen, das Bonner Parlament tendiert leider ebenfalls weg vom Plenum hin zum Ausschuß — als notwendig erscheinendes Übel. Wer die stundenlangen Studentendebatten um Verfahrensfragen erlebt hat — es hat beispielsweise in Hamburg Parlamentsitzungen von abends acht bis morgens acht ohne wesentliche Ergebnisse gegeben — der weiß, was gemeint ist. Es wäre in diesem Fall auch nicht mehr so schwer wie bisher, die notwendige (nun verringerte) Zahl der Kandidaten zu finden. Auch wahlpsychologische Folgen sind einzukalkulieren: Man wählt eher eine kleine Zahl von Vertretern, die die Chance haben, sich durch Maßnahmen bekanntzumachen, als einen aufgeblähten und dadurch anonymen Apparat, dessen Existenzberechtigung nicht einzusehen ist.

Elemente.

a. Als Feinbild dient der **Ordinarius schlecht-hin**, dessen böses Wesen undifferenziert (ausgenommen einige SDS-Professoren, die zum unkritischen Zitieren herhalten müssen) der Studentenschaft suggeriert werden soll. Tatsächlich ist diese ideologische Komponente genau dazu geeignet — die Fronten zu verhärten, die gemeinsame Gesprächsbasis zu zerstören und damit die absolute Herrschaft der Ordinarien zu zementieren, womit zugleich die Dauerherrschaft der Funktionäre und die Ergebnislosigkeit ihrer Arbeit begründet werden soll und garantiert wird.

Beispiel: Die Parole „Stürzt die Ordinarien, alle Macht den Studentenräten“, in Hamburg vom SDS herausgegeben und vom Organ der Studenten, „vertretung“ populärisiert, erweisen sich, gerade wegen ihrer Absurdität, als Hilfsmittel absolutistischer Kreise des Ordinariats gegen die berechtigten Forderungen der Studentenschaft. Der damalige ASTA-Vorsitzende Björn Pätzoldt (SHB) verstand es auf der spektakulären Hamburger Rektoratsfeier im November 1967 sich mit z. T. falschen Zahlen und Fakten in den Vordergrund zu spielen, damit zugleich aber die Kritik an den tatsächlichen Mängeln (und derer sind Legionen) obskur zu machen.) Die Folge ist eine Reaktion, die keineswegs im Interesse der Studenten liegt, aber von den Funktionären provoziert wird: die Solidarisierung vieler Studenten mit dem unter der Gürtellinie angegriffenen Ordinariat.

b. Nach innen wird der Studentenschaft von ihren Funktionären die ideologische Formel „Eintracht, schöner Klang“ vorgespielt, nicht zufällig gerade die Formel, die man von den Ordinarien am wenigsten hören mag. Man fordert Solidarität, innere Geschlossenheit und spricht von gemeinsamen Anliegen, wo es sich tatsächlich um die Interessen der herrschenden Minderheit handelt.

c. Gegen die Kritiker aus der Studentenschaft werden alle Machtmittel der Funktionäre eingesetzt. Die konforme Presse wird ihnen gesperrt. Ideologisch entspricht dem der Vorwurf: Faschistisch, destruktiv, zersetzend. Genau die antikritische Formel der Ordinarien „Werdet doch endlich positiv!“ wird auch von den Funktionären gegen die oppositionelle studentische Mehrheit gerichtet. Es entspricht dies dem sterilen bürgerlichen Konservatismus, wie ihn Dolf Sternberger (in einem FAZ-Leitartikel gegen das Wort „Establishment“) prägte: „Überdruß erzeugt Ungeduld, aber Ungeduld ist ein politisches Laster“.

4. Ebenso wenig wie die verschleierte Ideologie des Establishments trifft allerdings die Theorie von der oppositionellen „radikalen Minderheit“ den Kern der Sache, die z. B.

(Bildungswerbung, s. u.).

2. Das **Sozialprestige der Universität** und — als dessen Folge — der allgemeine Drang zur „wissenschaftlichen“ Ausbildung, zur „Universität.“ Trotz dieser Realität muß versucht werden, weite Bereiche der reinen Berufsausbildung wieder aus der Universität auszugliedern.

3. Die **Verlagerung der Berufverteilung** vom primären (Landwirtschaft) und sekundären Sektor (industrielle Produktion) auf den tertiären (Dienstleistungen). Rapide wächst die Zahl der Maschinen, die dem Menschen nicht nur — wie bisher — die physische Arbeit, sondern auch das Planen und Steuern abnehmen. Der white-collar-Beruf (Ingenieur, Theoretiker der Technik u. a.) greift im Gegensatz zum blue-collar-Beruf (Mechaniker, Schlosser, Techniker der Technik) um sich. Der Bedarf an längerer und intensiverer Ausbildung wird radikal gesteigert. Nicht nur, aber die internationale Wettbewerbslage zwingt zu ungewöhnlichen Maßnahmen, um die nationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Konservatismus auf diesem Gebiet kann tödlich sein (ebenso wie doktrinaire Experimente).

Der gesteigerte Bedarf an intensiv geschulten Fachkräften läßt sich nicht allein über die Ausbildung an der Universität befriedigen. Dazu ist sie weder von der wissenschaftlichen Methode noch von der Kapazität her in der Lage. Es erhebt sich daher die Frage, wie die wissenschaftliche Forschung vor der zur Berufsausbildung nötigen Verschulung bewahrt werden kann (s. dazu B. 4 und 5).

4. Neben dem Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften wird in der heutigen Zeit zugleich eine steigende Zahl von Wissenschaftlern benötigt. Es nützt jedoch niemand, wenn aus reiner Rekordsucht Wissenschaftler produziert werden, die teilweise keine ihrem Bildungsstand entsprechende Anstellung finden können und somit der Gefahr der Proletarisierung ausgesetzt werden (s. dazu B. 2).

B. Forderungen

1. Bildungswerbung

Jeder Bürger hat das Recht, sich einen seinen Befähigungen entsprechenden Bildungsstand zu erwerben. Die Bildungsabstinenz, besonders in Kreisen der Arbeiter- und Bauernschaft, ist durch eine breite Bildungswerbung zu überwinden. Dadurch soll die Basis derjenigen, die für eine höhere Bildung oder Ausbildung in Frage kommen, vergrößert werden.

2. Bedarfsfeststellung

Der Bedarf an Wissenschaftlern, geschulten Fachkräften etc. ist von einer beim Bund zu bildenden Kommission festzustellen und ständig neu zu überprüfen.